28. Mai 2021

KW 21: Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen, Neuerscheinung: Politik & Kultur, Kultursommer 2021, …

… JaAberUnd #4: Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise?, ARD-Forum: Zusammenhalt durch kulturelle Innovation, Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration, Zur Person, Text der Woche

Sehr geehrte Damen und Herren,

ab dem 01. Juli dieses Jahres soll der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen starten. Endlich, werden viele sagen, denn seit Herbst letzten Jahres war er im Gespräch. Anfang dieses Jahres hatte **Bundesfinanzminister Olaf Scholz** in einem Interview in Politik & Kultur (Seite 7) einen Sonderfonds für Kulturveranstaltungen angekündigt. Danach folgte langes Schweigen. Nur bröckchenweise drangen Informationen durch. Seit dem 26. Mai 2021 ist klar: Der Fonds kommt. Er ist mit 2,5 Milliarden Euro ausgestattet.

Der Kulturbereich befindet sich seit 15 Monaten in einer Auszeit. Keine größeren Veranstaltungen, kaum Live-Festivals, keine größeren Tourneen, kaum Konzerte und Aufführungen. Zwar gab es nach dem ersten Lockdown einige Lockerungsübungen und Veranstaltungen im Sommer 2020, doch seit November 2020: tosende Leere.

Erst seit 20. Mai gibt es zaghafte Öffnungsansätze. Von einem flächendeckenden Kulturangebot wie vor der Pandemie kann allerdings noch nicht die Rede sein. **Kulturstaatsministerin Monika Grütters** spricht davon, dass in „normalen“ Zeiten 150.000 Kulturveranstaltungen im Jahr stattfinden. Wer sich diese Zahl vor Augen führt, kann ermessen, welcher Verlust in Folge der Corona-Pandemie entstanden ist. Ein Verlust an Freude und Genuss beim Publikum, ein Verlust an Ausdrucksmöglichkeiten bei Künstlerinnen und Künstlern der unterschiedlichen Genres, ein immenser ökonomischer Verlust für die Kulturwirtschaft, Kultureinrichtungen, Kulturvereine sowie viele angrenzende Branchen.

Mit dem Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen sollen Kulturveranstalter ermutigt werden, Veranstaltungen zu planen und vertragliche Verpflichtungen einzugehen, auch wenn die Veranstaltungen aufgrund der Corona-Pandemie voraussichtlich nicht kostendeckend bzw. mit Gewinn durchgeführt werden können. Das gilt für öffentliche und öffentlich-geförderte Veranstaltungen, bei denen die öffentliche Förderung nur einen Teil der Kosten deckt und die Deckungslücke durch Eintrittsgelder erwirtschaftet werden muss. Das trifft auf privatwirtschaftliche Veranstalter zu, die die gesamten Kosten aus Eintrittsgeldern finanzieren und als Unternehmen einen Gewinn erwirtschaften müssen. Ebenfalls einbezogen sind Vereine, die ihre Veranstaltungen kostendeckend durchführen

müssen.

Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen knüpft damit an die Überbrückungshilfen an, die privatwirtschaftlichen Unternehmen in der Corona-Pandemie die Fortexistenz sichern sollten. Sie sollten insbesondere den Unternehmen ein Überwintern in der Corona-Pandemie ermöglichen. Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen setzt weiter bei NEUSTART KULTUR an. Hier wurde speziell mit den pandemiebedingten Investitionen die Ertüchtigung von Veranstaltungsorten unterstützt und mit der Programmförderung die Erarbeitung von Programmen gefördert. Ferner unterstützt er jene Kulturveranstalter, die dank einer Länderförderung sich auf die Wiedereröffnung vorbereiten konnten.

Es ist insofern folgerichtig, dass der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen zu einem Zeitpunkt aufgelegt wird, an dem absehbar ist, dass wieder Veranstaltungen stattfinden können. Er richtet sich an Kulturveranstalter aller Rechtsformen sowie an öffentliche Kultureinrichtungen.

Unterstützt werden Veranstalter folgender Kulturveranstaltungen: Theater, Musical, Tanz, Puppen-, Figuren- und Objekttheater, Varité, künstlerischer Zirkus ohne Tierdarbietungen, Kleinkunst, Konzerte einschließlich Live-Musik mit kuratiertem Musikprogramm, Vorführungen in den Bereichen Film und Medien, Ausstellungen (Bildende Kunst, natur- und kulturhistorische Ausstellungen, Ausstellungen der Erinnerungskultur), Lesungen, Festivals aller Kunstsparten und spartenübergreifende Kulturveranstaltungen.

Die Voraussetzungen sind:

- erstens, dass für die Veranstaltung Eintrittsgeld erhoben wird,
- zweitens, dass coronabedingt weniger Tickets verkauft werden können als der Raum an Kapazität bietet.

Der Sonderfonds besteht aus zwei Bausteinen:

1. Eine Wirtschaftlichkeitshilfe soll kleinere Veranstaltungen fördern, die ab dem 01. Juli 2021 durchgeführt werden und an denen unter Beachtung coronabedingter Hygienebestimmungen bis zu 500 Besucher teilnehmen. Ab dem 01. August 2021 werden Veranstaltungen mit bis zu 2.000 Besuchern gefördert. Durch eine Bezuschussung der Einnahmen aus Ticketverkäufen werden so die wirtschaftlichen Risiken reduziert und die Planbarkeit und Durchführbarkeit von Veranstaltungen verbessert.
2. Daneben stellt der Sonderfonds, höchstwahrscheinlich ab dem 01. September 2021,

> eine Ausfallabsicherung bereit, die Kulturveranstaltungen ab 2.000 Besucherinnen und Besuchern dadurch Planungssicherheit verschafft, dass im Falle coronabedingter Absagen, Teilabsagen oder Verschiebungen von Veranstaltungen ein Teil der Ausfallkosten durch den Fonds übernommen wird.

Es bestehen allerdings noch einige nicht unbeträchtliche Hindernisse bei der Umsetzung des Sonderfonds für Kulturveranstaltungen, die hoffentlich bis zum Start der Wirtschaftlichkeitshilfe Anfang Juli und der Ausfallabsicherung Anfang September aus dem Weg geräumt werden können.

Besonders wichtig ist, dass die Antragssteller einen rechtsicheren Bescheid über die Wirtschaftlichkeitshilfe oder die Ausfallabsicherung unmittelbar nach der Antragsstellung erhalten. Nur so kann verantwortlich das unternehmerische Risiko zur Durchführung einer Kulturveranstaltung unter strengen Hygienebedingungen eingegangen werden. Das ist bislang nicht vorgesehen. Vertrauen in den Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen kann nur entstehen, wenn auch klar ist, dass die Antragsteller auch die Mittel erhalten. Eine reine Registrierung ohne weitere Zusicherung, dass auch Hilfen gewährt werden, wird dies Vertrauen nicht schaffen. Zumal den Veranstaltern auferlegt wird, mögliche Vertragspartner über die Registrierung beim Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen zu informieren.

Ein weiteres Hindernis ist der Zeitraum. Bislang ist der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen nur bis zum 31. Dezember 2021 geplant. Dies ist ein viel zu kurzer Zeitraum. Zumal jetzt noch nicht abzusehen ist, ob ab dem kommenden Jahr wieder Veranstaltungen in gewohnter Größenordnung stattfinden können.

Umständlich erscheint derzeit, dass Tourneeveranstalter in jedem Bundesland, in dem eine Veranstaltung stattfindet, einen Antrag auf Wirtschaftlichkeitshilfe stellen muss. Das könnte bedeuten, dass beispielsweise für eine Tournee einer Band durch 16 Bundesländer, 16 Anträge auf Wirtschaftlichkeitshilfe gestellt werden müssen. Hier scheint noch Nachbesserungsbedarf vor allem mit Blick auf bürokratische Hürden zu bestehen.

Ein besonderer Pferdefuß ist aus meiner Sicht, dass die Wirtschaftlichkeitshilfe nur für Veranstaltungen mit bis zu 2.000 Teilnehmern beantragt werden kann und hier nur 1.000 Tickets bezuschusst werden. Das ist insbesondere für größere privatwirtschaftliche Veranstalter ein erheblicher Nachteil bei der Planung von Veranstaltungen. Sie kommen in der Regel ohne öffentliche Förderung aus. D. h. die Ticketeinnahmen müssen alle Kosten decken und eine Gewinnmarge enthalten. Wenn, coronabedingt, weniger Tickets verkauft werden können, ist es nicht möglich kostendeckend zu arbeiten und schon gar nicht einen Gewinn zu erwirtschaften, um die in 14 Monaten entstandenen Verluste auszugleichen. Hier

besteht eine beträchtliche Benachteiligung der Kultur- und Kreativwirtschaft. Das ist vor allem vor dem Hintergrund, dass privatwirtschaftliche Unternehmen im Gegensatz zu öffentlichen, deren Tickets vielfach umsatzsteuerbefreit sind, umsatzsteuerbelegte Tickets verkaufen und sie zusätzlich gewerbesteuerpflichtig sind. Volkswirtschaftlich sollte daher ein Interesse bestehen, größeren Unternehmen, die ihrerseits zum Steueraufkommen einen Beitrag leisten, wieder auf die Beine zu helfen.

Diese und weitere Themen darf ich als Vertreter des Deutschen Kulturrates in den Lenkungsausschuss zum Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen einbringen und für angepasste Lösungen eintreten.

Lang hat’s gedauert und nun geht es endlich los: Der 2,5 Milliarden Euro schwere Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen kommt!

Ihr

Olaf Zimmermann
Geschäftsführer des Deutschen Kulturrates
Twitter: olaf_zimmermann

Neuerscheinung: Politik & Kultur Juni 2021

Themen der Ausgabe:

- **Bss, bss**
  Die kulturelle Welt der Insekten
- **Corona vs. Kultur**
  Was lange währt, wird endlich gut? Der Sonderfonds des Bundes für Kulturveranstaltungen wird Anfang Juli starten
- **Benin-Bronzen & mehr**
  Die Diskussion um das koloniale Erbe geht weiter
- **Soziale Lage**
  Dauerhafte Regelungen dringend notwendig: Wie können Selbständige in Zukunft besser abgesichert werden?
- **Nachhaltiges Bauen**
  Die Zukunft Westafrikas: Die Verbindung von Tradition und Moderne verändert die Architektur im Senegal
- **Online-Plattformen**

Meinungsmacht im Visier: Der Einfluss globaler Internetkonzerne soll in der EU gebremst werden

Weitere Themen: Kulturgesetzbuch für Nordrhein-Westfalen, Antisemitismus, Kunst im Impfzentrum, DDR – eine Migrationsgesellschaft?, Corona vs. Kultur in Europa, Akademischer Wiederaufbau im Irak, Christian Thanhäuser im Porträt, Menschen und Maschine u.v.m.

- Politik & Kultur ist die Zeitung des Deutschen Kulturrates. Sie wird herausgegeben von Olaf Zimmermann und Theo Geißler.
- Sie erscheint zehnmal jährlich und ist erhältlich in Bahnhofsbuchhandlungen, an großen Kiosken, auf Flughäfen und im Abonnement: Einzelpreis: 4,00 Euro, im Abonnement: 30,00 Euro (inkl. Porto), im Abonnement für Studierende: 25 Euro (inkl. Porto).

Die Juni 2021-Ausgabe von Politik & Kultur mit dem Schwerpunkt „Bsss, bsss: Die kulturelle Welt der Insekten“ steht für die Empfänger des kultupolitischen Wochenreports auch als kostenfreies E-Paper (pdf-Datei) zum Herunterladen bereit.

Kultursommer 2021: Förderungsprogramm der Kulturstiftung des Bundes

117mal Kultursommer in Deutschland: Die Entscheidung, welche Städte und Landkreise gefördert werden, ist gefallen: Bewilligt wurden 117 Anträge, 63 kreisfreie Städte und 54 Landkreise werden bundesweit unterstützt. Das entspricht einer Förderquote von 80% aller Anträge.

Auf Empfehlung einer Auswahlkommission stimmte der Stiftungsrat der Kulturstiftung des Bundes der Förderung von insgesamt 117 Projekten zu. Insgesamt werden im Programm Kultursommer 2021 bundesweit 63 kreisfreie Städte und 54 Landkreise mit einem Gesamtvolumen von rund 30 Millionen Euro aus dem Zukunfts- und Rettungsprogramm NEUSTART KULTUR der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien unterstützt.

Eine Übersicht über alle Förderprojekte finden Sie hier als PDF-Dokument

Auswahlkommission

- **Matthias von Hartz**, Künstlerischer Leiter des Performing Arts Festivals Zürcher Theater Spektakel
- **Dagmar von Kathen**, freie Kulturberaterin
- **Alexandra Meißner**, Referentin Programmförderung und Kommunikation bei der Kulturstiftung des Freistaates Sachsen
- **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer des Deutschen Kulturrats

---

JaAberUnd #4: 01.06. um 18 Uhr online + live: Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise?

JaAberUnd, die Debattenplattform von Politik & Kultur geht in die vierte Runde! Diesmal werden anlässlich der Auswirkungen der Corona-Pandemie auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt die Fragen diskutiert: Wie ist es aktuell um den gesellschaftlichen Zusammenhalt bestellt? Wie solidarisch ist unsere Gesellschaft in der Coronakrise? Werden die Engagementbereiche gegeneinander ausgespielt z. B. Kultur versus Soziales? Werden die kommenden Einsparungen z. B. in den Kommunen das Engagement gefährden?

Am 01.06.2021 um 18 Uhr diskutieren:

- **Shai Hoffmann**, Social Entrepreneur/BookRappers
- **Dr. habil. Alexandra Manske**, Soziologin
- **Ulrich Schneider**, Hauptgeschäftsführer Der Paritätische
- **Olaf Zimmermann**, Geschäftsführer Deutscher Kulturrat und Herausgeber Politik & Kultur
- Moderation: **Barbara Haack**, Journalistin

Einschalten, zuhören, fragen und mitdiskutieren bei „JaAberUnd – Die Debattenplattform von Politik & Kultur“ unter:

- Twitter @DKRKultur
- YouTube Deutscher Kulturrat

Mehr zu JaAberUnd:

Aus der Zeitung direkt ins Netz: Die Themen aus Politik & Kultur, der Zeitung des

Deutschen Kulturrates, gibt es nicht nur in der Print- und Online-Version zu lesen, sondern die Redaktion diskutiert auch mit Gästen, Zuschauerinnen und Zuschauern live und online im Talk-Format „JaAberUnd – Die Debattenplattform von Politik & Kultur“. Unser Thema, Ihre Meinung: Bei „JaAberUnd“ stehen ein oder mehrere Themen aus Politik & Kultur im Fokus des Gespräches mit den Gästen. Aber auch die Zuschauerinnen und Zuschauer sind eingeladen, online und live via Twitter und YouTube mit zu diskutieren und Fragen zu stellen.

ARD-Forum: Zusammenhalt durch kulturelle Innovation

In der Corona-Pandemie ist eine besondere Sehnsucht nach Kultur spürbar und die Kulturbranche existenziell bedroht. Welche Rolle kann und muss öffentlich-rechtlicher Rundfunk übernehmen, um die Kultur wieder zu stärken? Anlässlich des Lesefestes „Leipzig liest extra“ hatte MDR-Intendantin Karola Wille zu der Diskussionsveranstaltung „Unser kultureller Gemeinwohlbeitrag im Wandel?“ Expertinnen und Experten eingeladen. Im ARD-Forum ging es dabei vor allem um neue Formen des kulturellen Austausches.

Im Panel 2 sprachen **Anne Reidt** (ZDFkultur), Moderator **Frank Kutter**, **Katja Marx** (NDR), **Prof. Christian Zöllner** (Fabmobil) und **Prof. Dr. Susanne Keuchel** (Deutscher Kulturrat) über den gesellschaftlichen Wandel durch kulturelle Innovation.

- Hier kann der Beitrag nachgesehen werden.

Die Initiative kulturelle Integration lädt zu ihrer vierten Jahrestagung am 8. Juni 2021 ein

„Erwerbsarbeit ist wichtig für Teilhabe, Identifikation und sozialen Zusammenhalt“, so lautet die These 14 der 15 Thesen der Initiative kulturelle Integration, die den Fokus der vierten Jahrestagung bildet. Im Jahr 2016 hat das breite Bündnis von 28 Institutionen und Organisationen aus Zivilgesellschaft, Kirchen und Religionsgemeinschaften, Sozialpartnern, Medien, Bund, Ländern und kommunalen Spitzenverbänden die 15 Thesen für „Zusammenhalt in Vielfalt“ als Grundlage für die kulturelle Integration aller in Deutschland lebenden Menschen formuliert.

U.a. mit Kulturstaatsministerin Monika Grütters MdB; Reiner Hoffmann, Vorsitzender des

Deutschen Gewerkschaftsbundes; Hubertus Heil MdB, Bundesminister für Arbeit und Soziales und Ulrich Silberbach, Bundesvorsitzender des dbb beamtenbund und tarifunion.

Coronabedingt wird die Jahrestagung aus dem dbb forum berlin **live gestreamt**.

- **Hier** finden Sie das detaillierte Programm der Jahrestagung der Initiative kulturelle Integration.
- **Hier** geht es direkt zur Anmeldung für die Online-Workshops.

Zur Person

Fünf weitere Jahre für Ministerin Bauer

Die Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst, Theresia Bauer, geht in die dritte Amtsperiode. Seit Mai 2011 ist sie Ministerin in Baden-Württemberg, seit 2001 gehört sie dem Landtag von Baden-Württemberg an.

Neue Kulturministerin in Rheinland-Pfalz

Katharina Binz (Grüne) wird Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration in Rheinland-Pfalz. Die erste Aufgabe der nächsten Monate sei es, Öffnungsschritte im Kulturleben zu organisieren und so gut es geht zu unterstützen, so Binz.

Lisa Jopt ist neue Präsidentin der GDBA

Der virtuelle Genossenschaftstag der Genossenschaft Deutscher Bühnen-Angehöriger (GDBA) hat die Schauspielerin Lisa Jopt zur neuen Präsidentin der GDBA gewählt. Die etwa 140 Teilnehmenden stimmten mit großer Mehrheit für die Schauspielerin, die auch Vorsitzende des ensemble-netzwerks ist.

Ulrich Peters wird ab 1. September 2021 für drei Jahre Intendant des Badischen Staatstheaters Karlsruhe.

Zur Saison 2024/25 soll eine neue Struktur etabliert und eine langfristige Lösung für die Intendanz gefunden werden. Peters ist seit 2012 Generalintendant am Theater Münster, sein Vertrag dort wird vorzeitig aufgelöst.

Theatermuseum Düsseldorf bekommt neuen Leiter

Der Theaterwissenschaftler Sascha Förster wird neuer Leiter des Theatermuseums Düsseldorf. Er hat in Berlin Theater- und Tanzwissenschaft studiert und promoviert derzeit an der Universität Köln. Förster betreute bereits mehrere Ausstellungsprojekte und leitet

eine Forschungsgruppe zur Theaterkultur der Weimarer Republik.

Sandra Hüller erhält Theaterpreis Berlin
Geehrt wurde die Schauspielerin für „ihre besonderen Verdienste um das deutschsprachige Theater“, wie die Stiftung Preußische Seehandlung und die Berliner Festspiele mitteilten. Die Auszeichnung ist mit 20.000 Euro dotiert. Hüller spielte schon auf vielen Bühnen und ist aus Kinofilmen wie „Toni Erdmann“ und „In den Gängen“ bekannt.

Heide-Marie Härtel erhält Deutschen Tanzpreis
Die Leiterin des Tanzfilminstituts in Bremen, Heide-Marie Härtel, erhält in diesem Jahr den Deutschen Tanzpreis. Er ist mit 20.000 Euro dotiert. Härtel habe mit ihrem Wirken einen enormen Schatz aus Geschichte und Gegenwart des Tanzes geschaffen, so die Jurybegründung.

Rektor der Düsseldorfer Kunstakademie für zweite Amtszeit bestätigt
Der Rektor der Düsseldorfer Kunstakademie Karl-Heinz Petzinka ist für eine zweite Amtszeit bestätigt worden. Neue Kanzlerin ist die Juristin Johanna Boeck-Heuwinkel. Mit Rektor Petzinka bildet sie das Führungsduo der Akademie. Petzinka leitet die Düsseldorfer Kunstakademie seit 2017.

Text der Woche: Isabel Pfeiffer-Poensgen „Regelwerk für die Kultur – Das Kulturgesetzbuch des Landes Nordrhein-Westfalen“

Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen ist 2017 mit dem Versprechen angetreten, die dichte und heterogene kulturelle Landschaft des Bundeslandes – finanziell und politisch – auf soliden Grund zu stellen und ihr Entfaltungsspielräume zu geben. Dieses Versprechen hat in zwei politischen Großprojekten Form gefunden, die einander ergänzen und die Wirksamkeit des jeweils anderen erst entfalten.

Mit einer bundesweit einzigartigen kulturpolitischen Offensive erhöht die Landesregierung den Kulturetat bis 2022 langfristig um mehr als 50 Prozent oder 100 Millionen Euro und beendet damit die strukturelle Unterfinanzierung der Kultur in Nordrhein-Westfalen. Dieser Aufwuchs, der auch angesichts der Corona-Akuthilfen in Höhe von zusätzlich 275 Millionen Euro planmäßig fortgesetzt wird, stabilisiert die vorhandenen Strukturen und schafft mehr Planungssicherheit.

Isabel Pfeiffer-Poensgen ist Ministerin für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen.

Lesen Sie den Text hier!

Copyright: Alle Rechte bei Deutscher Kulturrat